

Marie Luise von Halem

Rede zum Antrag „Fortbildungsmöglichkeiten von EnglischlehrerInnen
verbessern“, 08.09.2010

- Es gilt das gesprochene Wort ! -

Anrede

Vorneweg eine Ergänzung zur Debatte heute morgen und dem Vorwurf der Kollegin Große, wir als Opposition wüssten auch nicht, welche Wege zu beschreiten seien:

Mit unserem Antrag zur Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen haben wir Anfang des Jahres konkrete Schritte vorgeschlagen: Fortbildungsbudget für Schulen, Schulpools und Vertretungsreserve aufstocken, Klassenstärken reduzieren! Und auch z.B. der Antrag auf Erarbeitung eines Stufenplanes für mehr Qualität in Kindertagesstätten beinhaltet konkrete Vorschläge. Beide Anträge haben Sie als Mitglieder der Regierungsfractionen nicht nur schnell abgeschmettert, sondern offensichtlich auch schnell wieder vergessen. Zur Finanzierung: Wir halten es für unsinnig, Kredite aufzunehmen, für die hohe Schuldzinsen gezahlt werden müssen, und gleichzeitig 200 Mio in Pensionsfonds einzuzahlen. Wenn wir das bleiben ließen, würden wir etwa 7 Mio Zinsbelastung jährlich sparen. Außerdem sind wir weiterhin der Meinung, dass in diesem Land zu viele unsinnige Straßenbauprojekte umgesetzt werden. Die Potsdamer Humboldtbrücke gehört dazu, wo man jetzt luxuriös 4-spurig im Stau stehen kann, und auch z.B. die Umgehungsstraße in Falkensee, die nach realistischen Schätzungen etwa 30 Mio kosten wird.

Und auch jetzt legen wir einen konkreten Vorschlag vor.

Ich schleuse seit 13 Jahren mit unterschiedlichem Erfolg meine Kinder durch das Brandenburger Bildungssystem und könnte Ihnen viele Anekdoten über Englischunterricht erzählen. Aus Gründen der leichten Rekonstruierbarkeit verzichte ich hier anstandshalber auf

konkrete Beispiele.

Das Ergebnis des Ländervergleich der Bildungsstandards vom Juni diesen Jahres war in Bezug auf den Englischunterricht für Eingeweihte nicht wirklich überraschend: Leseverständnis Englisch der vorletzte Platz, Hörverstehen der letzte Platz, Gesamtwertung: die rote Laterne.

Die Tatsache, dass die Ost-Länder unisono miserabel abschneiden, ist kein Grund, sich zurück zu lehnen. Lehrerschelte ist genauso fehl am Platz: Man hat versäumt, den großteils umgeschulten Lehrerinnen und Lehrer ausreichende Fortbildungsangebote zu machen, wenn auch das Defizit seit langem klar ist. 20 Jahre lang, mehreren Schülergenerationen ist angemessener Englisch-Unterricht verwehrt worden.

Was schlägt die Regierung vor? Minister Rupprecht kündigt an, gemeinsam mit den anderen Ost-Ländern zeitnah Unterstützungskonzepte zur Professionalisierung von Englisch-Lehrkräften zu entwickeln und dazu eine länderübergreifende Arbeitsgruppe einzurichten. Das ist prima und niemand hat etwas dagegen. Aber machen wir uns nichts vor: Ein einwöchiger Sprachkurs bei einem Fremdanbieter kostet etwa 1.000 EUR. Die Umsetzung einer Fortbildungskonzeption für mehrere hundert Lehrkräfte, wie sie hier vonnöten ist, ist nicht durch Umschichtungen zu erwirken. Im Bildungsausschuss vor zwei Wochen wurde uns vom Staatssekretär berichtet, es müssten erst die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe abgewartet werden und dann könne über die Finanzierung geredet werden. Der Haushalt für das nächste Jahr ist dann aber wohl verabschiedet. Ob da wohl Vorsorge getroffen wird? Ob dann Maßnahmen im nächsten Jahr umgesetzt werden können? Oder geht es darum, das Thema zu verzögern, in der Hoffnung, die Wogen würden sich glätten? Ein Schelm, wer solches denkt?

Sich vorzustellen, diese Mittel könnten einfach aus den allgemeinen Fortbildungsmitteln umgeschichtet werden, ist kurzichtig: Bei Fort- und Weiterbildungsangeboten für Lehrpersonal mangelt es an allen Ecken und Enden. Was dort einzutreiben wäre, würde auf Kosten anderer und nicht minder wichtiger Maßnahmen gehen.

Nein, so kommen wir nicht auf den grünen Zweig! Die Zeit drängt, und wenn wir einen Maßnahmenbeginn im nächsten Kalenderjahr – beginnend möglichst zum Halbjahr - sicher stellen wollen, dann müssen die Weichen jetzt gestellt werden.

Deshalb schlagen wir vor, dass die Landesregierung bis Ende des Jahres ihr Konzept vorlegt, dass Fortbildungen auch durch Teilfreistellungen während der Unterrichtszeiten ermöglicht werden, dass die Zahl der FremdsprachenassistentInnen aufgestockt werden und dass die Mittel für den internationalen Schüleraustausch aufgestockt werden, damit insbesondere auch Jugendliche aus den Risikogruppen an solchen Austauschen teilnehmen können.

Zur Finanzierung und zur Vermeidung von drohendem Unterrichtsausfall bei Weiterbildungen innerhalb der Unterrichtszeit schlagen wir vor, für das Jahr 2011 im Wert von 50 Vollzeitlehrereinheiten finanzielle Mittel bereit zu stellen. Konkret kann dies u.a. umgesetzt werden, indem die angestellten Lehrerinnen und Lehrer, die aufgrund des Sozialtarifvertrages bis Sommer 2011 zwangsweise teilzeitbeschäftigt sind, schon ab Beginn des Halbjahres Ganztätigkeit aufnehmen. So könnte fortbildungsbedingte Abwesenheit anderer Lehrkräfte innerhalb von Schulen ausgeglichen werden.

Ich fasse zusammen: Wir legen einen konkreten Vorschlag zur Qualitätsverbesserung im Bildungswesen Verbesserung von vor, beantragen Überweisung an den Bildungsausschuss, und rechnen mit Ihrer Zustimmung.